



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 25.02.2021
*öffentlich***

Ort: Videokonferenz
Zeit: 19:30 Uhr bis 21:23 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt

Beate Gellert
Carsten Heym

Bernhard Bönisch
Dr. Ulrike Wünscher

Josephine Jahn
Sören Steinke

Dennis Helmich
Dr. Annette Kreuzfeldt
Dr. Regina Schöps

Dr. Tarek Ali
Angela Ernst
Guido Haak
Tobias Heinicke
Markus Jürisch
Jan Röttschke
Ines Dunker

Ausschussvorsitzende
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion Hauptsache Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Vertreter für Herrn Raue
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Teilnahme bis 21:24 Uhr
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Vertreter für Herrn Senius
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBürger & Die PARTEI

Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Teilnahme bis 21:08 Uhr

Verwaltung

Katharina Brederlow
Jörg Baus
Annerose Winter
Susanne Wildner

Beigeordnete Bildung und Soziales
Leiter Fachbereich Soziale
Leiterin Abteilung Soziale Hilfen
Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt fehlten:

Olaf Schöder

Kay Senius
Alexander Raue
Svea Detering
Elke Schwabe

Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

zu **Einwohnerfragen**

zu **Herr Rodney Thomas zu Corona in Halle**

Frau Haupt verlas die von Herrn Rodney Thomas eingereichte Einwohnerfrage:

Frage zum Thema Corona in Halle

Also, gestern gab es viel Empörung in der Stadtratssitzung. Herr Hendrik Lange war ebenso empört wie sein Kollege Herr Schied. Herr Schied sagte, es ginge um Leben und Tod und er und auch Dr. Wend wollen, dass der Oberbürgermeister zurücktritt.

So, so, so kurios. Der Leiter des Ernährungsprogramms der Vereinten Nationen hat im letzten Jahr bekannt gegeben, dass täglich zusätzlich 10.000 Menschen vor Hunger sterben, weil die Lockdowns negativ auf die Weltwirtschaft auswirken.

Warum haben Herr Dr. Wend, Herr Lange und Herr Meerheim nicht ein Ende des Lockdowns gefordert? Bei den Lockdowns geht es um Leben und Tod.

Wie könnte man den Lockdown besser beenden, als durch präventive Gesundheitsmaßnahmen, die das Immunsystem eines jeden stärken würden - wie ich es Sie bereits informiert habe? Solche Maßnahmen sind weder durch das Infektionsschutzgesetz noch durch das Robert-Koch-Institut oder die Weltgesundheitsorganisation verboten. Diese Maßnahmen hätten 50 Prozent bis über 90 Prozent der Menschen, die in Halle gestorben sind, retten können.

Was haben Sie alle getan?

Welche Maßnahmen könnte die Stadt jetzt ergreifen - und der Stadtrat fordert, dass sie ergriffen werden -, die das Leiden und den Tod mit sofortiger Wirkung lindern würden? Wäre es ein exotisches Medikament oder ein gefährlicher Impfstoff? Nein, es ist Vitamin D. Eine kürzlich durchgeführte spanische Studie hat gezeigt, dass die zusätzliche Gabe von Vitamin D3 an Patienten mit PCR-bestätigten COVID-19-Erkrankungen die Zahl der Aufnahmen auf der Intensivstation um 82 Prozent und die Sterblichkeitsrate um 64 Prozent reduzierte. Bei Patienten, die bereits zu Beginn der Studie einen höheren Vitamin-D-Spiegel hatten, war die Wahrscheinlichkeit zu sterben um 60 Prozent geringer.

Ich werde Ihnen an diesem Wochenende detailliertere Informationen schicken, aber bis dahin sollten Sie darüber nachdenken: Deutschland und Halle sind verängstigt, verängstigt durch die ganze Angstmacherei. Und doch ist der Beweis da, dass es noch eine einfache Lösung gibt: Informieren Sie jeden Bürger in Halle, dass er sein Immunsystem mit Vitamin D stärken muss.

Die genauen Messwerte und Nahrungsergänzungsmittel, die in den erfolgreichen Studien verwendet wurden, werde ich Ihnen am Wochenende mit den entsprechenden Links zusenden.

Meine Frage an Frau Brederlow: Können Sie das tun? Können Sie sich informieren, damit Leben gerettet werden können?

Frau Brederlow antwortete, dass sie auf die Zusendung der angekündigten Unterlagen von Herrn Thomas wartet und sich das ansehen wird. Wenn es verantwortet werden kann, dass dies publiziert werden kann, wird das auch erfolgen. Sie wies aber darauf hin, dass die Fragestellung zum Lockdown oder was mögliche Medikamente angeht, diese Einschätzung überlässt sie den Ärzten.

Meine Folgefrage - obwohl ich zum Zeitpunkt des Schreibens Ihre Antwort auf die erste Frage noch nicht kenne - wie auch immer, ich erwarte, dass die Antwort ein positives Ja sein wird - werden Sie den Stadtrat ermutigen, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, um das Wort über Vitamin D und die zusätzlichen Details, die ich Ihnen schicken werde, zu verbreiten?

Frau Brederlow wies darauf hin, dass hierzu nichts zu ergänzen ist, sondern dies geprüft wird.

Meine 2. Folgefrage: Da nichts, was ich Ihnen schicke, gegen das Infektionsschutzgesetz, das Robert-Koch-Institut oder die Weltgesundheitsorganisation verstößt, können Sie sich irgendeinen Grund vorstellen, warum die Stadt nicht innerhalb einer Woche nach Erhalt der Informationen, die ich Ihnen schicke, ein öffentliches Informationsprogramm starten sollte?

Frau Brederlow wies nochmals darauf hin, dass die angekündigten Unterlagen von Herrn Thomas angesehen und geprüft werden müssen, um zu sehen, inwieweit dies verwertbar ist. Sie sagte, dass anhand der aktuellen Studien die Informationen durch die Stadt erfolgen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Haupt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung fest.

Zur Ermittlung der Beschlussfähigkeit rief **Frau Haupt** die Mitglieder namentlich auf. Sie erläuterte dazu, dass die Mitglieder sich untereinander nicht alle sehen können und damit ist gewährleistet, dass die Beschlussfähigkeit ordentlich erfasst wird.

Herr Bönisch sprach an, dass er im Landtag heute war und dort zum § 56 KVG LSA gesprochen worden ist. Dort wurde vom Ministerium gesagt, dass Abstimmungen nur zu einem klaren Ergebnis führen müssen und dies nicht namentlich erfolgen muss. Im Landtag wird bei Zustimmung die Hand gehoben. Dem Vorsitzenden ist es überlassen, wie dieser das durchführt, eine klare Entscheidung muss erfolgen.

Frau Haupt verwies auf die Geschäftsordnung, in welcher der namentliche Aufruf festgeschrieben ist.

Herr Heym wies darauf hin, dass bei Nutzung der i-Pads nicht erkennbar ist, wie die Mitglieder abstimmen, deswegen findet er die namentliche Abstimmung für die technischen Voraussetzungen, die gegeben sind, gut.

Die namentliche Abstimmung erfolgte und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wurde durch **Frau Haupt** festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt rief die Tagesordnung auf und machte darauf aufmerksam, dass Gegenstand der heutigen Sitzung die Behandlung und Abstimmung der Anlage 2 der Vorlage zu erfolgen hat, da diese am 04.02.2021 vertagt worden ist. Zum Änderungsantrag sagte sie, dass hier eine geänderte Variante vorliegt, die zum TOP 4.1 Thema sein wird.

Frau Haupt fragte, ob es noch Anmerkungen zur Tagesordnung gibt. Da dies nicht der Fall war, rief Frau Haupt zur namentlichen Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
hier: Behandlung der Anlage 2
Vorlage: VII/2020/02010
- 4.1.1 Änderungsantrag der Stadträtinnen Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) und Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zur Beschlussvorlage Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
Vorlage: VII/2021/02279
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Eine Niederschrift lag zur Sondersitzung nicht vor.

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
hier: Behandlung der Anlage 2
Vorlage: VII/2020/02010**

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der Stadträtinnen Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) und Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zur Beschlussvorlage Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit**
Vorlage: VII/2021/02279

zu 4.1.1.1 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Änderungsantrag der Stadträtinnen Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) und Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zur Beschlussvorlage Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit**
Vorlage: /2021/02328

Wortprotokoll auf Antrag der AfD

Frau Haupt

Wir sind also bei Anlage 2 und wir sind bei dem Antrag. Ich habe schon gesagt, wir haben uns vorhin so geeinigt, dass wir erst über den Antrag nochmal kurz reden bzw., er ist ja eingebracht. Er ist heute nochmal geändert. Wir haben ihn heute rumgeschickt.

Der Hintergrund ist, dass wir, oder ich will auch sagen, die Stellungnahme zu dem Antrag haben Sie auch, das würden wir alles zusammen befassen. Ich will als erstes, wie gesagt, den Antrag nochmal aufrufen.

Der Antrag ist verändert und hat jetzt noch eine Förderung von 3000 Euro für den Verein Medinetz, beinhaltet dieser Antrag. Ich will nur kurz wiederholen, weil wir das letzte Mal sehr ausführlich den Antrag begründet haben, dass wir nach wie vor sehen, dass der Verein eine sehr, sehr wichtige Arbeit macht. Wir möchten diese auch würdigen.

Wir wissen, dass auch die anderen und das ist mir auch nochmal ganz wichtig an dieser Stelle zu sagen, alle Vereine, die hier aufgeführt sind, eine unwahrscheinlich gute Arbeit machen. Ich spreche auch mit Hochachtung von den Leistungen, egal welcher Verein das ist, das ist mir nochmal sehr wichtig. Weil das in der letzten Sitzung da so ein bisschen, naja, hin und her ging und man so das Gefühl hatte, das wir da irgendetwas nicht wertschätzen. Das ist nicht so, will aber nochmal unterstreichen, das, was auch schon gesagt wurde, für uns dieser Solidaritätsgedanke auch wichtig war, das wir gucken, wie kann man und das ist immer schwer, die Verteilung der finanziellen Mittel bewältigen, was macht man richtig, was nicht. Das ist nicht einfach und es ist natürlich legitim, dass man Anträge stellt.

Nicht jeder ist mit jedem Antrag immer einverstanden, das kennen wir aus unserer Stadtratsarbeit, aber das ist unser Recht, das haben wir jetzt genutzt und ich sage mal, das ist auch demokratisch, dass wir darüber reden und dann natürlich abstimmen.

Also, wir behalten unseren Antrag bei, haben ihn aber verändert, wie gesagt, das liegt Ihnen vor. Das ist uns nochmal sehr wichtig zu sagen an der Stelle.

Wir haben auch die Stellungnahme der Verwaltung gesehen, darauf haben wir reagiert in gewisser Weise, darum haben wir auch den Antrag verändert. Ich will trotzdem nochmal an

der Stelle, bevor wir in die Vorlage gehen, nochmal den Antrag jetzt zur Diskussion stellen. Nur den Antrag erstmal bitte und will damit auch aufrufen die Stellungnahme, weil ich mir, ich weiß es nicht, ich frage jetzt mal, ob es dazu noch Nachfragen usw. gibt.

Ich sehe auch schon Wortmeldungen und würde das dann jetzt erstmal an den Anfang stellen.

Ich habe drei Wortmeldungen gesehen. Als erstes war Frau Dr. Schöps, dann Herr Jan, Jan Röttschke und dann Frau Dr. Wünscher. Die Drei habe ich jetzt gesehen, in der Reihenfolge würde ich Sie jetzt auch bitten zu sprechen. Frau Schöps darf den Anfang machen.

Frau Dr. Schöps

Ja, ich möchte nur kurz ergänzen, warum wir den Antrag geändert haben. Problem in der letzten Sitzung war, dass keine Stellungnahme der betroffenen Vereine vorlag, also der Vereine, aus denen wir die Mittel rekrutieren wollten, weil unser Antrag auch erst sehr kurzfristig eingegangen war.

Es liegen jetzt, freundlicherweise von der Verwaltung eingeholt und in der Stellungnahme angehängt, die Stellungnahmen der einzelnen Träger, die wir reduzieren würden durch unseren Antrag, vor und wir haben festgestellt, okay, die Summe, die wir angesetzt hatten, können wir nicht aufrecht erhalten, aber wir finden, dass eine Förderung von 3000 Euro für den Medinetz e.V. durchaus vertretbar ist. Das wollte ich nur noch ergänzen, danke.

Frau Haupt

Danke, dann ist jetzt Herr Röttschke dran.

Herr Röttschke

Ja, vielen Dank. Ich würde vielleicht ein bisschen was zu diesem Gesamtkonzept und diesem Projekt erzählen wollen, da ich mich mit einigen Menschen aus diesem Projekt unterhalten habe und hier vielleicht noch ein bisschen Aufklärung betreiben möchte.

Also ein bisschen zum Background, die Medinetze und auch Medibüros gibt es seit den 90iger Jahren in der Bundesrepublik. Betrieben werden die vorrangig durch ehrenamtliche Ärzt/-innen und Unterstützer/innen, was durchaus zeigt, dass das Problem der Nichtversorgung von unversicherten Personen seit langer Zeit bekannt ist, seit langer Zeit besteht und bis heute nicht gelöst ist.

Projekte, wie Stadtteil-, Gesundheitszentren, Klinik ohne Grenzen oder mobile Praxen gehen meistens aus diesen ehrenamtlichen Projekten am Ende hervor, wie sie eben das Medinetz sind. Das kann man zum Beispiel sehen bei der Poliklinik auf der Veddel in Hamburg, die aus so einem Medibüroprojekt damals entstanden ist und heute für diesen Stadtteil sehr wichtig ist, was die medizinische Versorgung angeht.

Das Medinetz in Halle selber besteht seit dem Jahr 2014 und betreut und begleitet 70 bis 100 Personen pro Jahr. Die Anfrage der LINKEN hat auch gezeigt, dass hat die Antwort der Stadtverwaltung gezeigt, dass die Übernahme der Kosten für unversicherte Personen nicht selbstverständlich gegeben ist und in vielen Fällen auch leider abgelehnt wird. So hat das Sozialamt in 61 Fällen von EU-Bürgern und in 31 Fällen von Menschen, die außerhalb der EU lebten, die Behandlungskosten nicht übernommen, was in den Fällen der EU-Bürger fast Dreiviertel der beantragten Fälle darstellt.

In benachbarten Regionen Halle sieht es dahingehend schon etwas anders aus, was diese Art von Projekten angeht. So gibt es u. a. den anonymen Krankenschein in Thüringen oder es gibt den Verein Kabel in Leipzig, wobei Kabel für Clearing und anonymen Behandlungsschein steht, welcher durch die Stadt Leipzig mit nicht gerade geringen

Summen auch gefördert wird. Und vielleicht auch zum besseren Verständnis, Clearing meint in diesem Fall eine Art Sozialberatung, um den Zugang zum medizinischen Versorgungssystem zu ermöglichen.

Also, dabei soll der Weg in das Gesundheitssystem mit seinen verschiedenen Hürden einfach begleitet werden und diese Hürden möglichst aus dem Weg geräumt werden. Also am Ende soll die betroffene Person in das Regelsystem reinfallen, obwohl es in erster Linie so nicht möglich ist.

Also, solche Initiativen sind für die direkte medizinische Versorgung einfach unumgänglich und leider heutzutage immer noch nötig. Auch hat die Gleichbehandlungsstelle der EU Arbeitnehmer/-innen des Bundes eine Auflistung der bundesweiten Clearingstellen veröffentlicht und dadurch deutlich gemacht, dass der Bedarf im Bund noch sehr groß ist und Halle tauchte leider bei den Städten, die so eine Clearingstelle haben, nicht auf. Was ja auch nochmal zeigt, dass die Arbeit des Medinetz Halle wiederum wichtig ist, weil die diese Clearingarbeit einfach machen und halt diese unversicherten Personen in diese medizinische Versorgung überführen.

Darüber hinaus wird das Medinetz in Halle auch von vielen unterschiedlichen Institutionen für seine Arbeit angefragt. Vereine, Wohlfahrtsverbände wenden sich an das Medinetz sowie die Migrationsberatung, Mitarbeiter aus Krankenhäusern, Sozialarbeiter/-innen von städtischen Einrichtungen und sogar das Gesundheitsamt hat in der Vergangenheit sich an das Medinetz gewandt, als es zum Beispiel um die Schlosserstraßenthematik vor einiger Zeit gegangen ist, wo viele unversicherte EU-Bürger/-innen in einen Versicherungsschutz überführt werden sollten.

Der große Vorteil solcher Strukturen ist halt ganz einfach, dass man viele unterschiedliche Beratungsangebote unter einem Dach findet. Also man hat bei dem Medinetz Halle z. B. die Sozialberatung, man hat das Clearing, man hat Ärzte vor Ort, die sich auskennen, man hat sogar Sprachmittler. In der Antwort der Stadtverwaltung stand zwar auch, dass es Sprachmittler gibt, aber die Sprachmittler, die vom Medinetz gestellt werden, sind nochmal besonders, weil die begleiten zum einen die Patienten und zum anderen haben sie zumeist auch eine Schulung fürs Dolmetschen unter medizinischem Kontext, das ist nicht selbstverständlich. Und dann kommt natürlich noch die übliche Medinetzberatung hinzu, wie die Weitervermittlung an Fachärzte und die Begleitung auch von Patienten, was auch nicht selbstverständlich ist, was wiederum hohes Vertrauen schafft und eine Bindung und schnell unmittelbare Hilfe zur Verfügung stellt.

Zum Schluss würde ich jetzt schnell nur noch anmerken wollen, weil das die Stadtverwaltung, glaube auch, so sinngemäß geschrieben hat, dass es schon eine Versorgung in Notfallsituationen gibt, hier soll aber trotzdem angemerkt werden, dass so eine Versorgung nicht erst im Notfall stattfinden soll.

Also nehmen wir z. B. eine Schwangerschaft. Wenn wir uns jetzt zu dem Zeitpunkt der Geburt befinden, mag es natürlich relativ einfach sein, in ein Krankenhaus zu gehen und die Versorgung zu bekommen, aber wichtig sind auch die Zeiträume vor und nach der Geburt, um mögliche Komplikationen zu vermeiden. Gleiches gilt für das Warten auf die Klärung der Kostenübernahme, also wenn ein Patient warten muss, dass seine Kosten übernommen werden, kann es im schlimmsten Fall sein, dass sich der Gesundheitszustand verschlechtert, was im schlimmsten Fall für das Gesundheitsamt wieder bedeutet, dass es höhere Kosten zu tragen hat und so etwas versucht das Medinetz vorzubeugen und am Ende auch wieder Kosten einzusparen.

Das möchte ich in diesem Falle auf jeden Fall erwähnt wissen, dass, wenn die Arbeit von Medinetz gefördert wird, das den Staat am Ende weniger Geld kostet, weil einfach die

Gesundheitsversorgung viel früher greifen kann und aus diesem Grunde möchte ich diesen Antrag ausdrücklich unterstützen und hoffe, dass das die meisten Stadträte hier auch tun werden. Vielen Dank.

Frau Haupt

Danke Herr Röttschke. Auf meiner Rednerliste habe ich jetzt Frau Dr. Wünscher, dann haben wir Herrn Heym und Herrn Bönisch gesehen, in der Reihenfolge ja. Frau Dr. Wünscher bitte.

Frau Dr. Wünscher

Ja Frau Haupt, durch Ihre Einführung nochmal in den Änderungsantrag fühle ich mich dann doch nochmal, sage ich mal, möchte ich dann doch nochmal etwas dazu sagen, zu der Genese dieses Änderungsantrages, den Sie zusammen mit Frau Schöps gestellt haben.

Medinetz hatte hier Geld beantragt, die Stadtverwaltung sozusagen hatte das abgelehnt und das ist in Ordnung und legitim und Sie hatten gefunden, nein, das wollen wir nicht und deshalb stellen wir jetzt einen Änderungsantrag, das ist auch legitim.

Aber ich denke, was ja jetzt in diesem Beitrag von meinem Vorredner nicht so ganz deutlich heraus gekommen ist, es gibt für diese Menschen, für die jetzt sozusagen eine Lösung gefunden werden soll oder zumindest für einige von ihnen, es gibt eine bundeseinheitliche Regelung, wie man mit nicht Versicherten, auch illegal im Land lebenden Menschen, umgeht und welche Leistungen sie dann erhalten können oder nicht erhalten können und in Notfällen erhalten sie die sowieso.

Als nächstes möchte ich dazu sagen, wenn Sie jetzt, wenn jetzt Meditrans gefördert wird, das ist ja, diese Fördermittel, die werden ja nicht nur für Halle eingesetzt, sondern sie agieren ja weit über die Stadt Halle hinaus und da weiß ich überhaupt nicht, ob das mit unserer Förderrichtlinie vereinbar ist.

Also, das möchte ich auch nochmal ganz stark betonen und dann, Sie wollen jetzt ein Projekt fördern, dass Sie unglaublich wichtig finden, nehmen aber dem Kinderhospiz nach wie vor 2000 Euro weg und diese Diskussion, die wir das letzte Mal dort hatten, dass das mit irgendeiner Stelle zu tun hätte und dass das alles nicht geklärt wäre und dass sie ihr Geld sowieso nicht benötigen würden, das stimmt nicht, wie wir das jetzt aus den Stellungnahmen kennengelernt haben.

Und ich denke, ich kann nicht die eine Sache befördern, weil ich sie gerade wichtig finde und dafür einer etablierten Einrichtung, die so eine großartige Arbeit leistet, der so viel Geld wegzunehmen, denn diese 3000 Euro, die Sie da jetzt noch hingeben wollen, da haben Sie den beiden anderen Vereinen oder den beiden anderen Projekten haben Sie je 500 Euro weggenommen und beim Kinderhospiz da bleibt es bei 2000 Euro und aus diesen ganzen genannten Gründen von mir, vor allem, weil es eine bundeseinheitliche Regelung gibt, wie man solche Menschen zu versorgen hat und auch der, das sozusagen dieser Verein weit über die Stadt Halle hinaus agiert, finde ich, ist dieser Antrag an dieser Stelle in dieser Form einfach nicht zulässig und ich möchte jetzt bitte eine Auskunft von der Verwaltung, ob das mit den Förderrichtlinien vereinbar ist, wenn die jetzt Geld an einen Verein geben, der sozusagen über die Stadt Halle hinaus agiert und auch dort die Mittel ggf. einsetzt.

Frau Haupt

Machen wir. Ich will bloß nochmal laut sagen, dass ich Frau Schöps gesehen habe, die sich nochmal gemeldet hat und einen ganz kleinen Einwand gestatten Sie mir. Wie gesagt, wir können ja unterschiedlicher Meinung zu den Anträgen sein, da habe ich überhaupt kein Problem, aber wir nehmen keinem Verein etwas weg, es sind alles bis jetzt Vorschläge und

wir beschließen nachher darüber, es ist ja noch nicht feststehend, das wollte ich jetzt einfach nochmal bemerkt haben.

Ich würde, wenn die anderen Drei, die ich jetzt hier auf der Rednerliste habe, einverstanden sind, die Frage jetzt an die Verwaltung geben, um die Frage jetzt von Frau Dr. Wünscher jetzt beantworten zu lassen. Ich weiß nicht, wer möchte, Frau Brederlow?

Frau Brederlow

Da ich schon mehrfach versucht hatte, mich zu melden, nutze ich jetzt die Chance. Also zum einen ist das nicht der einzige Verein, der auch überregional tätig ist, wir haben ja insbesondere mit dem Saalekreis auch ein gemeinsames Versorgungsgebiet, sodass wir mehrere Vereine haben, die dort auch überregional tätig sind. Das ist also nicht ungewöhnlich, ich erinnere nur an die psychosoziale Arbeitsgemeinschaft, wo es auch bestimmte gemeinsame Angebote gibt und beispielsweise die Suchtberatungsstellen auch für einen Versorgungsraum zuständig sind.

Weshalb ich mich aber gemeldet habe, ist ein grundsätzlicher Punkt, weil offensichtlich der erste Absatz in unserer Stellungnahme so ein bisschen unter den Tisch gefallen ist. Wir haben seit dem 12.02. eine Haushaltssperre und ich zitiere aus dieser Haushaltssperre: „Die Entscheidung für eine erforderliche Leistung nach § 4 Absatz 1 Nr. 1 Kommunalverfassungsgesetz, hier handelt es sich um die pflichtigen Leistungen und unabweisbaren Ausgaben, sind zu begründen. Dazu gehören auch die Tatbestandsmerkmale und die darauf erfolgende Ermessensentscheidung.“ Das trifft die Pflichtleistungen. Der nächste Satz: „Das Begründen neuer freiwilliger Leistungen ist unzulässig.“

Bei Medinetz handelt es sich für unsere Finanzierung um die Begründung einer neuen Leistung. Und ich nehme mal noch den nächsten Satz dazu, damit Sie auch wissen, warum ich das hier so eindrücklich sage: „Die Verantwortung zur Umsetzung der Haushaltssperre obliegt den Fachbeigeordneten“.

Also insofern muss ich Sie darauf aufmerksam machen, dass aufgrund unserer aktuellen Haushaltssituation und der Haushaltssperre das Begründen einer neuen freiwilligen Leistung nicht möglich ist. Ich möchte mal noch anmerken, wir sprechen heute insgesamt über die freiwilligen Leistungen, also es ist dann ohnehin gesondert zu begründen, wenn wir diese freiwilligen Leistungen dann finanzieren. Aber das nur mal am Rande. Hier geht es um eine neue freiwillige Leistung.

Ich will die Arbeit von Medinetz hier überhaupt nicht werten. Ja, auch das Gesundheitsamt hat die schon genutzt und es gab eine sehr gute Zusammenarbeit. Aber ich muss einfach auf diesen Fakt hinweisen, wir befinden uns in einer Haushaltssperre.

Frau Haupt

Ich nehme das erstmal so hin, vielleicht später nochmal dazu. Ich arbeite jetzt erstmal weiter die Rednerliste ab. Nächster Redner ist Herr Heym.

Herr Heym

Ja vielen Dank. Der Antrag und wie er von Herrn Röttschke nochmal beworben wurde, ist aus meiner Sicht einem Weltbild entsprungen, der sich relativ einfach darstellen, die Welt in Opfer und Profiteure einteilt.

Mir fehlt dort das Thema Eigenverantwortung, auch für eigene Entscheidungen. Weil, Sie wollen hier einem Missstand abhelfen, der eigentlich aufgrund unseres sozialen Netzes und unserer Gesetzgebung und der Organisation im Staat eigentlich vorhanden sein dürfte.

Diese Krankenversicherung im Notfall, die im SGB XII im § 25 abgesichert ist, regelt eigentlich auch, dass es lebensbedrohliche und somit aus humanitärer Sicht nicht zulässige Notsituationen nicht gibt und dem abgeholfen wird. Insofern diese 60 %, gut 60 %, die hier ablehnend vom Sozialamt beschieden worden sind, werden wohl nicht unter diese Gesetzgebung fallen, die gibt es eben tatsächlich.

So und jetzt vereinfache ich die Geschichte mal. Es gibt eine Krankenversicherungspflicht seit einigen Jahren in Deutschland, der unterliegt jeder, an die müssen sich alle Bürger halten.

Dann gibt es Personen, die sich hier in unserem Staatsgebiet aufhalten, die aus irgendwelchen Gründen da durch das Raster gefallen sind oder aber sich dem entziehen. Da ist natürlich insofern eine Lücke in der Regelung, die nicht schön ist.

Wenn ich aber jetzt den Vortrag von Herrn Röttschke höre, welche Zielsetzung man hier hat, dann stellt sich mir die Frage, ob ich hier nicht parallel einsteigend ein System etablieren möchte, was im Grunde dieses Ansinnen, das der Übernahme persönlicher Verantwortung, beginnt zu unterlaufen. Da habe ich ein Riesenproblem mit, weil die entsprechenden Regelungen in unserem Land ja ineinander greifen und ich sage mal, sowohl Nutzen, erstmal Nutznießer ist und Rechte ableitet, als auch Pflichten für die jeweils Begünstigten aus diesem System diesen Anspruch nehmen, definiert. Da mag es Gründe geben, dass im Einzelfall jemand herausfällt, aber dass ich jetzt hier derartig wirke, wenn ich höre Schwangerschaftsbegleitend usw., da frage ich mich, wer sich hier bei uns im Land aus welchen Gründen wie lange aufhält, so das mal dahingestellt.

Also, ich habe da ein Riesenproblem mit. Ich sehe das hier im Grunde in gewisser Art und Weise Dinge angeschoben werden, wo ich nicht weiß, wo die hinführen sollen. So, dann kommen wir zum Antrag, zum geänderten Antrag, der relativ kurzfristig hier eingestellt wurde.

Bei der letzten Sitzung, kann ich mich erinnern, hat die Frau Brederlow im Grunde ähnlich wie ich eben auch festgestellt, eigentlich dürfte es in unserem Land, in unserer Stadt niemanden geben, der nicht in irgendeiner Art und Weise Zugang zum Gesundheitssystem hat.

Insofern stellt sich die Frage, mit welchem Status diejenigen, die sich hier entsprechend in der Situation befinden, hier sind und ob wir dann die öffentlichen Gelder, die uns zur Verfügung stehen, dort ausgeben sollten. Das ist das eine womit ich Schwierigkeiten habe.

Das zweite ist, mir erscheint nach der Stellungnahme der betroffenen Vereine, denen hier Mittel gekürzt werden sollen und insofern widerspreche ich Ihnen, Frau Haupt, es ist, wenn ich eine Liste vorgelegt bekomme und ich taste ganz viele nicht an und fabriziere mich dann auf drei, ja Opfer, sage ich mal, die sich in der Vergangenheit nicht lautstark gewehrt haben. Dem einen Verein ist nämlich 2019 die Förderung von 25 auf 5000 gekürzt worden, das hat zu keinem Aufstellen in der Stadt geführt, die Russlanddeutschen hatten im letzten Jahr zu spät beantragt und nichts bekommen, dann frage ich mich allen Ernstes, ob nicht tatsächlich man dort so vorgegangen ist, nachdem ich eben auch gelesen habe, dass die das gar nicht kompensieren können in dem Umfang, ob man hier nicht wirklich sich die Opfer ausgesucht hat, die sich am wenigsten oder zumindest nicht lautstark wehren und da habe ich auch ein Riesenproblem.

Nun bin ich eigentlich rangegangen und habe geguckt in der Liste, ob man dann irgendwo einen Kompromiss finden kann, habe ich leider, wenn ich mir diese Projekte angucke und wie die zum Teil die Mittel verwenden wollen, wirklich keinen brauchbaren Vorschlag, außer dem, wenn wir in irgendeiner Art und Weise fair und gerecht vorgehen wollen, dann müssten

wir die 3000 Euro, die Sie jetzt hier noch irgendwo zusammen kratzen möchten, sage ich mal so galant, wenn wir die über alle aus dieser Liste bestehenden Förderungen hinweg zusammen tragen, von mir aus prozentual oder dass Sie eben sagen, der Stellungnahme der Verwaltung und der Vereine nachgebend verzichten wir auf unseren Antrag und ziehen ihn zurück. Ansonsten sehe ich keine Möglichkeit, wie ich dem Antrag hier zustimmen kann, danke.

Frau Haupt

Gut. Ehe Herr Bönisch spricht, wollte ich nur nochmal darauf verweisen, aber wirklich auch ganz sachlich gemeint. Wir haben ja gestern im Stadtrat eine Anfrage gehabt zur Kostenübernahme von Krankenleistungen und da geht ja zum Beispiel auch hervor, dass eben tatsächlich nicht alle Anträge, die beantragt worden sind, erfüllt werden. Bloß so mal als Bemerkung, ich will jetzt gar nicht weiter drauf eingehen. Rechtfertigt also auch zum Beispiel die Arbeit von Medinetz.

Gut, Herr Bönisch ist jetzt dran.

Herr Bönisch

Na vielleicht kann die Verwaltung ja mal sagen, was das für Fälle sind, die im Sozialamt auflaufen und dann abgewiesen werden. Die sind doch aus, ich denke mal, das es doch da eine solide Arbeit gibt und die werden abgewiesen, weil sie entweder nicht förderwürdig erscheinen oder nach unseren Regeln nicht förderfähig und jetzt wollen Sie trotzdem durch die Hintertür, sozusagen, mit dem gleichen Geld fördern, ohne dass jemand fragt, ob das förderwürdig oder förderfähig ist. Also das halte ich schon für ein ziemlich gewagtes Verfahren. Eigentlich müssten wir ohnehin, nach Frau Brederlows Worten, die Diskussion einstellen und müssten sagen, der Antrag ist unzulässig und fertig.

Und jetzt möchte ich aber trotzdem inhaltlich das noch verstehen. Ich kann mich auch an eine kleine Anfrage im Landtag erinnern, in der deutlich gesagt wurde, dass jeder Bedürftige versorgt wird bei uns, jeder Bedürftige wird versorgt. Und die Frage ist dann tatsächlich außerdem, hier sind 49, das kommt für mich dann noch so ein bisschen erschwerend hinzu, ich habe einen Schreck gekriegt, als Herr Röttschke vorhin gesagt hat, was da für Zahlen anfallen ,49000 Euro beantragt, um 70 bis 100 Menschen im Jahr zu vermitteln, das sind Preise, das finde ich nicht schlecht.

Also nein, ich kann mich überhaupt nicht für diesen Antrag erwärmen. Aber ich bitte die Verwaltung, noch einmal zu erläutern, in welchen Fällen solche Bewerbungen abgewiesen werden und ob es dann legitim wäre, die trotzdem zu unterstützen, nämlich auf diese Weise, wo niemand mehr fragen muss, ob es förderfähig ist oder nicht, dann wird es eben gemacht.

Frau Haupt

Ehe Frau Dr. Schöps dann dran ist, gebe ich Frau Brederlow nochmal das Wort.

Frau Brederlow

Herr Baus hat sich schon gemeldet.

Frau Haupt

Herr Baus, ja.
Herr Baus?

Frau Brederlow

Ton an, bitte. Mikro ist noch aus.

Frau Haupt

Sie müssen bitte das Mikrofon anmachen, wir verstehen Sie nicht.

Herr Baus

Okay, sorry. Das hat eher einen juristischen Grund, warum die Verwaltung, oder das Sozialamt, die Kosten, die entstehen, ablehnt. Ein typischer Fall ist, jemand kommt ins Krankenhaus und ist nicht versichert und dann bekommt die Stadt Halle, wird vom Krankenhaus angeschrieben, mit der Rechnung. Und dann prüfen wir erstmal, liegt überhaupt ein „Notfall“ vor? Oder hat das Krankenhaus, sagen wir mal, ja, hat das Krankenhaus den Fall unverzüglich gemeldet, das muss das Krankenhaus z. B. machen. Hat das Krankenhaus das nicht getan, hat man drei Tage den Patienten behalten und z. B. eine OP gemacht, dann ist das nicht mehr unverzüglich. Das Krankenhaus bleibt in dem Fall auf seinen Kosten dann sitzen, das ist einer der Fälle.

Ein zweiter Fall ist, dass die Krankenhäuser auch nicht immer prüfen, ist der nicht sozialversichert gewesen. Wir lehnen oft ab, auch das ist in dieser Statistik drin, die Leistung wird erbracht, die wird immer erbracht, also insofern muss ich da mal ein Stück beruhigen, die Leistung zu den Ärzten wird immer erbracht. Ob die, Menschen nicht doch zum Beispiel krankenversichert gewesen sind, weil, da können wir oft sagen, nein, der ist beim Jobcenter und der ist auch versichert. Das sagen wir auch den Krankenhäusern oder den entsprechenden Ärzten.

Aber es ist nicht so, dass die Menschen ihre Leistungen nicht bekommen. Die Ärzte bekommen sie nicht bezahlt, das ist in dem Fall, ja okay, nicht schön für die Ärzte. Das sind u. a. diese Fälle. Ich könnte da auch noch einige Fälle noch mehr machen, aber das sind so aus meiner Sicht ganz typische Fälle. Aber es ist nicht, da will ich mal ein bisschen widersprechen, dass die Ärzte eine medizinische Leistung verweigern dürfen, also dem ist nicht so. Die Ärzte sind da auch wirklich in einer schwierigen Situation, die würden sich immer einer unterlassenen Hilfeleistung strafbar machen, das wäre in dem Fall ein Straftatbestand. Müssen eventuell eine Leistung allerdings erbringen, okay, für die sie eventuell nicht bezahlt werden, das ist sozusagen, ja, hier sind die Ärzte in einer schwierigen Position, das ist für die ärgerlich. Gilt aber auch für die Betroffenen.

Frau Haupt

Danke, Herr Baus.

Ich würde jetzt in der Rednerliste vor, also, weitergehen. Es wären jetzt Frau Dr. Schöps und Herr Röttschke dran. Gibt es noch weitere Meldungen? Geht danach auch noch, erstmal jetzt Frau Dr. Schöps.

Frau Dr. Schöps

Ja, ich möchte nur ganz kurz zu Frau Dr. Wünscher sagen, ich hoffe, Sie haben die Stellungnahmen der Vereine gelesen und auch gelesen, dass der Hospizverein durchaus signalisiert hat, dass er diese Reduzierung ausgleichen könnte. Das nur als kleine Anmerkung. Und dann zu dem Einwurf von Frau Brederlow.

Frau Brederlow, ich und auch zumindest Frau Haupt haben diesen Satz überhaupt nicht überlesen. Er hat bei uns die Alarmglocken angeschaltet und wir haben uns damit beschäftigt. Und ich muss Ihnen sagen, ja, aber allein mir fehlt in diesem konkreten Fall der Glaube. Wir beschließen heute über freiwillige Leistungen, weil wir es, gebe ich zu, durch unseren Antrag nun am 04. nicht geschafft haben. Es wäre günstiger gewesen bezüglich Haushaltssperre. Muss sicher begründet werden. Aber wir wollen heute freiwillige Leistungen genau im Rahmen des Haushaltsbudgets beschließen, das wir haben. Wir wollen ja keinen Betrag drauflegen.

Der Verein Medinetz wurde von uns noch nicht gefördert, das trifft zu. Aber es ist kein neues Projekt, wir haben gehört, wie lange er arbeitet. Der Verein der Russlanddeutschen auch kein neues Projekt, arbeitet lange, wurde bereits früher gefördert, wurde aber im letzten Jahr nicht gefördert. Da würde sich für mich auch die Frage ergeben, für die Förderung dieses Jahres ist er dann auch ein neues Projekt. Deshalb, in diesem konkreten Fall, da wir uns ja strikt im Rahmen des Haushaltsbudgets bewegen, das vorgesehen war und das begründet werden muss, sicher, kann ich jetzt nicht nachvollziehen, ich möchte mit Ihnen keine juristische Diskussion anfangen, ich möchte nur erklären, warum wir auf diesen Satz erstmal in der Diskussion nicht reagiert haben. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass dies konkret in diesem Fall wirklich greifen muss.

Frau Haupt

Ich würde mich mal auf die Liste setzen. Bloß damit Sie das gesehen haben. Danke.

Frau Dr. Schöps

Noch eine Anmerkung zu Herrn Heym. Herr Heym, wir haben die Deckungsvorschläge begründet, bereits beim letzten Mal in dem Antrag. Und aus dieser Begründung, die Sie hoffentlich gelesen haben, ist genau ersichtlich, dass wir nicht uns irgendeine gegriffen haben, wo wir dachten, mit denen können wir es machen, sondern, dass wir z. B. die Kürzung des einen Vereins herangezogen haben, der das Geld für Lesungen verwenden möchte, wo wir sagen, okay, Lesungen dürften eingeschränkt möglich sein aufgrund der Coronalage, kann man vielleicht eine Geldreduzierung verkraften. Beim Hospizverein war das was anderes, da war uns die Finanzierung der Stelle nicht nachvollziehbar, das hat der Verein jetzt erklärt, aber gleichzeitig signalisiert, er könne das ausgleichen.

Und deshalb, wir haben das nicht willkürlich gemacht und wir wollen auch nicht jedem Verein 10 Euro wegnehmen oder so, das ist Schwachsinn. Wir haben uns damit auseinandergesetzt und uns Gedanken gemacht und uns das gut überlegt, danke.

Frau Haupt

Entschuldigung, dass ich Sie unterbrochen habe, ich dachte, Sie waren fertig, darum habe ich dazwischen gerufen. Ich melde mich nochmal. Herr Bönisch, ich habe Sie auf der Liste und jetzt ist aber erst nochmal Herr Röttschke dran.

Herr Röttschke

Vielen Dank. Ich würde zuerst auf Frau Wünschler eingehen. Nur ganz kurz. Die Sprechstunden des Medinetz finden in Halle statt, das heißt, das Geld soll natürlich für die Arbeit dieser Sprechstunden genutzt werden, das heißt, wenn die Leute jetzt nicht aus Halle kommen, ist das natürlich eine Sache. Aber es geht ja in erster Linie darum, eine medizinische Versorgung zu gewährleisten und die, dieses Angebot wird hier in Halle gemacht. Es geht ja um das Medinetz Halle und da ist es egal, wo jetzt der Patient herkommt, der da jetzt finanziell behandelt wird oder so. Denn es gibt meines Wissens kein Medinetz in Bitterfeld oder so, also nur, um das mal deutlich zu machen.

Grob, wenn ich das, was Herr Heym irgendwie gesagt, so halbwegs verstanden habe, dann würde ich vielleicht auch dazu eins, zwei Punkte sagen, weil, es war jetzt nicht ganz klar, was er so richtig wollte. Erst einmal die Eigenverantwortung, denn die Verantwortung kommt von den Ehrenamtlichen vor Ort, das sind Ärzte, das sind Sozialarbeiter und was auch immer, die tragen Verantwortung für diese Menschen. Also die machen sich das nicht leicht.

Wenn Sie jetzt aber sagen, Eigenverantwortung und des Patienten, weiß ich nicht wirklich, wie Sie, was Sie damit sagen wollen, weil, dann können Sie ja auch in jedes Krankenhaus gehen und jedem Patienten, der sich Silvester mit einem Böller irgendwie die Hand verletzt hat, sagen, ja da kriegst du eben keine Versorgung, weil Eigenverantwortung, ja, kannst du ja mal lassen, war jetzt Quatsch, ja. Das Argument erschließt sich mir jetzt nicht, es sei denn,

es ergibt sich daraus ein komisches Menschenbild, aber darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen. Genauso die Sache mit dem ganzen Rechtspositivismus, natürlich gibt es irgendwelche rechtlichen Bestimmungen, aber viele davon sind so schwammig, dass es nicht eindeutig ist und im schlimmsten Fall ist es halt so und Herr Baus hatte das ein Stück ausgeführt...

Frau Haupt

Herr Heym, mmh.

Herr Röttschke

...das ist die Frage bei der Behandlung, wer behandelt, also was ein Notfall ist oder nicht, nicht immer ganz eindeutig ist und das es durchaus vorkommt und das hat mir das Medinetz auch so mitgeteilt, dass es zur Nichtbehandlung gekommen ist, weil nicht eindeutig klar war, ob es ein Notfall in dieser Situation gewesen ist und ob diese Behandlungskosten erstattet werden. Das heißt, da müssen die Ärzte tatsächlich abwägen und da ist halt die Rechtslage nicht eindeutig und aus diesem Grunde sind dann wiederum solche Institutionen, wie das Medinetz wichtig, weil die zumindest die Patienten begleiten und versuchen, diese Probleme irgendwie zu lösen. Also da ist nicht Friede, Freude, Eierkuchen im Rechtssystem, also ganz im Gegenteil und vielleicht noch um noch einige Beispiele aufzuzählen, warum auch die Arbeit des Medinetz aktuell wichtig ist.

Durch die Coronakrise gab es Fälle, wo Patienten, die nicht aus Deutschland kamen, nicht zurückreisen konnten, aber medizinische Versorgung gebraucht haben, hier aber nicht versichert waren, was dazu führte, dass sie ihre Medikamente nicht gekriegt haben. Das heißt, da gab es keine eindeutige Regelung, da hat das Medinetz ausgeholfen und ähnlich, wie diesen Fall, den ich gerade schon geschildert habe, und das Ziel am Ende ist es halt, weil eben auch nach der Zielstellung von Herrn Heym gefragt wurde, es soll eine universelle und nachhaltige medizinische Versorgung für alle Menschen geben und die gibt es aktuell nicht und der Weg dahin soll durch Institutionen, wie das Medinetz, geschaffen werden. Das Medinetz macht das eigentlich nicht gerne, sie wünschten, sie müssten es nicht tun, aber da das System gerade ist, wie es ist, bieten sie sich an, stecken da eine Menge Herzblut rein und nehmen sich das bestimmt nicht einfach an. Also, ich wünsche, das zu berücksichtigen.

Frau Haupt

Danke, jetzt hatte ich mich gemeldet und dann habe ich Herrn Bönisch und Herrn Heym will ich nur sagen, Wortmeldung ist gesehen worden.

Ich wollte nochmal reagieren, weil vorhin gesagt wurde, die hohen Kosten, die beantragt worden sind, ja, für Medinetz. Das war ja ursprünglich auch für eine Personalstelle vorgesehen. Medinetz hat, das haben wir schon beim letzten Mal gesagt, hat ja eingesehen, dass das jetzt sehr viel ist und das sie das jetzt anders dieses Jahr bewältigen wollen, machen ja auch ganz viel im Ehrenamt, wurde alles schon gesagt und das Geld soll vorrangig für die Miete mit eingesetzt werden, die sie dringend brauchen und deshalb haben wir gesagt, wenigstens einen Teil wollen wir gern versuchen, ihnen angedeihen zu lassen. Das ist jetzt blöd, aber ich sage es jetzt mal so.

Das zweite, was mich jetzt bewegt. Frau Dr. Schöps ist schon darauf eingegangen, wir haben heute tatsächlich auch mit unseren Finanzern in den Fraktionen usw. gesprochen, was diese Haushaltssperre betrifft. Das ist uns wirklich ein bisschen, naja aufgestoßen, weil wir gesagt haben, es gibt ja auch, wenn es jetzt generell für die Stadt gilt, in anderen Bereichen auch die sogenannten freiwilligen Leistungen, die ja schon beschlossen sind. Wir können ja jetzt hier nicht zweierlei Maß messen, das ist das erste, was uns aufgefallen ist und tatsächlich will ich auch nochmal unterstreichen, im Haushalt sind ja die sogenannten freiwilligen Leistungen drin in der Stelle und wie Frau Dr. Schöps schon gesagt hat, wir

bleiben ja in diesem Rahmen. Da geht es ja weniger um neue Leistungen an sich, sondern in diesem Rahmen der freiwilligen Leistungen beschließen wir ja heute Vereine und das haben wir so nicht verstanden und unsere Financer haben uns da Recht gegeben, dass es eigentlich darum geht, dass wir insgesamt dann auch fragen müssten, wie geht das dann jetzt in der Stadt weiter mit den sogenannte freiwilligen Leistungen, eben auch in den anderen Bereichen. Nochmal, das ist sonst für uns auch zweierlei Maß, wie da gemessen wird. Die anderen die bestätigt sind, z. B. im Jugendbereich oder Kultur, wird ja auch erst beschlossen, und neue Vereine hätten nie eine Chance dann, das ist irgendwo dann auch nicht gerecht.

Ja, Frau Brederlow, wollen Sie dann gleich darauf antworten?

Frau Brederlow

Ja, da muss ich gleich darauf antworten.

Jugendbereich ist von vorn bis hinten Pflicht, da gibt es keine freiwilligen Leistungen, erstens. Sicherlich haben wir auch in anderen Bereichen freiwillige Leistungen durchaus schon beschlossen, ja, Kultur aber beispielsweise noch nicht. Die Kulturförderung ist noch nicht durch. Das heißt, wenn die Financer immer sagen, das sagen die ja gerne, das haben wir im Haushalt stehen und es ist alles gedeckt, nein, unser Haushalt ist nicht gedeckt. Das haben wir vom Landesverwaltungsamt ganz klar gesagt bekommen, wir müssen bestimmte Teile erst erwirtschaften und ich denke, es ist den Fraktionen auch durchaus zugänglich, was da für Papiere in der Verwaltung sind, wo dann auch eine entsprechende Liste dran ist.

Wie wird mit freiwilligen Leistungen umgegangen? Ich habe das vorhin schon mal gesagt. Alle Leistungen, die heute hier beschlossen werden, werden auf den Prüfstand gestellt. Ob wir eine Freigabe für die Mittel kriegen, ist unklar, ja, davon können wir momentan noch nicht ausgehen, wir haben sie noch nicht. Also kann es durchaus sein, dass es hier auch Kürzungen gibt an dem Budget oder erstmal eine Sperre von so und so viel Prozent. Dieses Risiko haben wir heute insgesamt und dieses, also zu den Vereinen, warten Sie mal, der Russlanddeutschen, war es, glaube ich, kann Frau Winter nochmal etwas sagen, ob das wirklich ein neues Projekt ist, aber wie gesagt, ich habe Ihnen zitiert aus unserer Haushaltssperre, dazu bin ich verpflichtet. Ich hatte dafür und deswegen sage ich das hier auch ganz klar, dass Sie das wissen müssen, es kann tatsächlich sein, dass wir hier in Widerspruch gehen müssen oder ein Risiko haben in den verschiedenen anderen Bereichen. Und nochmal, es gibt einzelne Bereiche, die auch noch nicht beschlossen sind, Kultur und Sport gehören meiner Ansicht nach auch dazu, da sind die Fördermittel auch noch nicht beschlossen.

Frau Haupt

Ja, die habe ich gemeint, stimmt, Jugend nehme ich zurück, da haben Sie Recht, aber auch die anderen, das war eben unsere Frage, danke.

Dann wäre jetzt Herr Bönisch und danach Herr Heym.

Herr Bönisch

Na dann ahne ich auch, wie das ausgehen wird, nämlich das hinter der großen Haushaltsnot gesehen wird, aha, bei dem Verein da können die auf 2000 verzichten und die auf 500 und so und dann können wir das ja einbehalten, wir haben ja Haushaltsnot.

Was Ihnen Ihre Financer bestimmt nicht gesagt haben, unter den Haushaltssperrebedingungen sind neue Aufgaben nicht förderfähig, nicht finanzierungsfähig, neue, es geht nicht um welche Art von Aufgabe, in welchem großen Kontext und in Bereich, die zählen, sondern im Prinzip eben neue Aufgabe und sowas haben wir eben noch nicht gehabt als Aufgabe. Das ist neu. Und das kann unter einer Haushaltssperre nicht finanziert werden und das haben Ihnen Ihre Financer auch gesagt, wenn Sie denen das ehrlich so gesagt haben.

Das werden Sie wahrscheinlich ein bisschen anders beschrieben haben. Dass das eine neue Aufgabe ist, ist die andere Geschichte.

Und dann nochmal dazu. Ich habe mal gegoogelt, was für Sprechstunden angeboten werden, 2 Stunden die Woche. Also 49 000 Euro beantragen, also ehrlich gesagt, dass ist überhaupt nicht redlich. Aber abgesehen davon, dass es wirklich einfach technisch nicht geht und Sie sollten es meinetwegen mehrheitlich darauf ankommen lassen und beantragen, diesem Antrag zuzustimmen. Dann wird zu guter Letzt die Kürzung bei denen, denen man die Leute gekürzt haben, stattfinden, aber Medinetz kriegt nichts.

Das können Sie machen, das ist wirklich, aber sich dann dumm zu stellen, als so erfahrene Stadträte und zu sagen, neue Aufgaben sind etwas anderes als, das sind nichts anderes als die alten, es geht doch um was Gutes und, ich weiß nicht, für wen Herr Röttschke hier sitzt, aber wenn Herr Röttschke den Rechtspositivismus beklagt, dann sollte sich die Fraktion, der er angehört, mal überlegen, ob sie sich vielleicht nicht jemanden suchen will, der weiß, was Stadtratsarbeit bedeutet. Rechtspositivismus ...

Frau Haupt

Herr Bönisch

Herr Bönisch

...uns vorzuwerfen, dass wir, ehrlich, uns vorzuwerfen, dass wir uns nach Recht und Ordnung richten wollen, was ist denn das für, also nein.

Frau Haupt

Herr Bönisch, ich akzeptiere Ihre Meinung, aber ich denke, jetzt ist gut an der Stelle. Jeder hat hier sein, das Recht, seine Meinung zu vertreten.

Herr Bönisch

Ich habe meine Meinung gesagt, ich kann sagen, was ich will und dann sind Sie dran.

Frau Haupt

Ja, es geht mir weniger um mich. Ich hatte so ein bisschen den Eindruck, dass Sie jetzt Herrn Röttschke so ein bisschen angegriffen haben und das wollte ich bloß vermeiden. Herr Röttschke, Sie sind dann nochmal dran, aber erst ist Herr Heym nochmal dran.

Herr Bönisch

Ich habe Herrn Röttschke angegriffen für seine Meinungsäußerung, weiter nichts.

Frau Haupt

Ja und das wollte ich einfach ein bisschen revidieren. Herr Heym.

Frau Dr. Wünscher ist danach.

Herr Heym

Ja, da muss ich mich erstmal sammeln. Also, wir sitzen alle hier, weil wir gewählt sind als Stadträte und weil wir hier die Interessen unserer Wähler vertreten und die Wähler, die uns gewählt haben, haben sich in unserer Gesellschaft nach Recht und Gesetz zu richten und zu verhalten. Die werden für die Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen, die stehen dafür früh auf, kommen abends nach Hause, oft sehen sie ihre Familien sehr wenig, auf jeden Fall halten sie den ganzen Laden am Laufen.

So, unser Gesundheitssystem ist nicht vom Himmel gefallen, es ist eins der besten der Welt, sondern es wird durch die fleißige Arbeit der Menschen dieses Landes finanziert, die über

ihre Versicherungsbeiträge diese ganze Geschichte hier finanzieren, dazu gibt es dann auch noch Steuerzuschüsse ggf. Das erstmal vorangestellt.

So, dann ist ausgekleidet der Zugang durch Gesetze, durch Vorgaben, die dann entsprechend umgesetzt werden. Wer hat sich wie zu beteiligen und welche Leistung kann er dafür erhalten, das schließt Herr Röttschke auch ein. Der Versicherte, der hier fleißig arbeitet und seine Versicherungsbeiträge bezahlt, darf auch Silvester feiern und dabei verunfallen und wird dann trotzdem behandelt. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. Da fällt mir eigentlich nichts dazu ein, wenn ich das in der Diskussion hier betonen muss.

So und dann haben wir Fälle, die Sie hier beklagen, die sich in unserem Land aufhalten, die eben entsprechend durchs Raster gefallen sind, obwohl wir eins der dichtesten sozialen Netze der Welt haben. Und da sage ich auch durchaus dem muss abgeholfen werden und der Herr Baus hat es ausgeführt, es gibt aufgrund dieser Pflicht des Arztes, jeden der in Not zu ihm kommt, zu behandeln, theoretisch zumindest erstmal für den Betroffenen, den Kranken, für den, der Not hat, keine Versorgungsdefizite. Was der Arzt nachher vergütet bekommt, das hat Herr Baus ausgeführt, das steht dann nochmal auf einem ganz anderen Blatt, so, soviel dazu.

Was mich wirklich hellhörig gemacht hat, ist Ihr abschließender Satz in Ihrem zweiten Wortbeitrag. Sie wollen quasi den bedingungslosen Zugang oder der Verein, den Sie hier unterstützen wollen, zu unserem Gesundheitssystem für jeden, egal, ob er sich beteiligt hat, Bedingungen, gesetzliche Vorgabe erfüllt oder nicht, das ist die Zielsetzung. Und da ist natürlich meine Ansicht, die ich hier vertrete mit den Wählern, die ich hier vertrete, eindeutig. Es kann nicht sein, dass hier die einen sich hier krumm buckeln und die anderen dann, ohne hier Bedingungen zu erfüllen, davon profitieren. Da muss es Spielregeln geben. Einem solchen Ansinnen kann ich nur widersprechen und werde ich keinesfalls zustimmen.

Frau Haupt

Gut, jetzt ist auf meiner Liste Herr Röttschke und dann Frau Dr. Wünscher.

Herr Röttschke

Ja Herr Heym, das ist Ihre Meinung, ich bin gegen ein 2,3, 5 Klassen Medizinsystem, das ist menschenverachtend hoch zehn und wenn Sie der Meinung sind, das Leute, die nicht genug Geld verdienen und in irgendwelche Sozialsicherungssysteme einzahlen, nicht medizinisch versorgt werden dürfen, dann spricht das Bände. Aber das ist jetzt auch hier nicht das Thema. Und Herr Bönisch, ich wollte nicht sagen, dass wir uns nicht an Recht und Gesetz halten sollen. Ich habe mit Rechtspositivismus...

Herr Heym

Drehen Sie mir nicht das Wort im Mund herum, das ist Unsinn, was Sie da sagen.

Frau Haupt

Herr Heym, Sie können gleich nochmal antworten, aber nicht durcheinander, das bringt nichts, da verstehen wir alle nichts.

Herr Röttschke

...Herr Bönisch, ich wollte damit nur sagen, ich finde das Rechtssystem oder nicht das Rechtssystem, die Grundlagen oder das, was das ausmacht, sehr löchrig und das meine ich damit. Ich wollte damit nur sagen, man muss nicht so tun, als wäre es 100%ig perfekt, denn wenn es so wäre, würden wir das jetzt hier nicht diskutieren. Aber natürlich möchte ich mich auch an Recht und Gesetz halten. Ich wollte da jetzt nicht missverstanden werden. Vielen Dank.

Frau Haupt

Gut, dann ist auf der Liste jetzt Frau Dr. Wünscher.

Frau Dr. Wünscher

Ich möchte nochmal ausdrücklich, das unterstreichen, was Herr Bönisch gesagt hat. Wenn Sie heute mehrheitlich Ihren Änderungsantrag heute hier beschließen sollten, dann laufen Sie große Gefahr, so wie Herr Bönisch das auch schon gesagt hat, dass dann vielleicht steht, Medinetz soll 3000 Euro bekommen, aber sie kann es nicht bekommen, weil die Haushaltssperre da ist. Aber die anderen Vereine haben dann das Geld auch nicht und diese Summe, die dann sozusagen rein theoretisch eingespart ist, verschwindet im großen schwarzen Loch. Und da weiß ich nicht, ob Sie das wollen.

Das, ich meine nach den Ausführungen, die wir jetzt gehört haben, denke ich mal, wäre es das normalste von der Welt, zu sagen, unter diesen Bedingungen geht es nicht und deshalb ziehen wir unseren Änderungsantrag zurück und wenn Sie jetzt diesen Änderungsantrag nicht zurückziehen, dann kündige ich an, jetzt, dass wir einen Änderungsantrag stellen, der lautet, dass sozusagen das Kinderhospiz mit dem Deckungsvorschlag aus diesem Änderungsantrag herausgenommen wird. Dann können Sie das meinetwegen bei den anderen beiden Vereinen und das Sie nicht so richtig überlegt haben können, ob die Vereine auch mit diesen Kürzungen klarkommen, das sieht man ja dann, dass Sie das heute nochmal verändert haben, um das Sie sozusagen insgesamt 3000 Euro weniger jetzt beantragen und zwei Vereine dann nur noch mit 500 Euro zu Buche stehen und das Kinderhospiz mit 2000, auch das muss ich mal sagen, finde ich nicht wirklich seriös.

Frau Haupt

Ich habe jetzt Frau Gellert. Jetzt muss ich gucken. Frau Gellert, Herr Bönisch und dann Herr Helmich. Habe ich wen vergessen? Die drei erstmal, ja. So Frau Gellert.

Herr Heym

Schreiben Sie mich bitte auch auf, ich bin angegangen worden.

Frau Haupt

Ach so, Entschuldigung, ja, Herr Heym. Natürlich. Dann haben wir alle, also Entschuldigung, Frau Gellert jetzt.

Frau Gellert

Wir sollten nicht mehr allzu lange darüber debattieren, weil, wir müssen Frau Brederlow nochmal anhören oder die Stadtverwaltung, geht es oder geht es nicht? Wenn es nicht geht, dann müssen wir schauen oder schlage ich vor, das man sagt, okay, vielleicht haben im Laufe des Jahres noch Vereine Geld übrig, aufgrund dessen, weil verschiedene Veranstaltungen aufgrund des nächsten Lockdowns, sage ich jetzt mal, nicht stattfinden konnten und somit käme vielleicht noch ab Sommer das Geld zusammen.

Weil ich weiß, der Verein arbeitet ja schon eine ganze Weile und wenn es diesem nichts ausmachen würde, im Sommer nochmal nachzufragen, ob vielleicht genau durch Veranstaltungsausfall und nicht benötigte Mittel man da nochmal helfen kann, würde ich das auch mit unterstützen. Zum momentan Zeitpunkt sehe ich einfach aus förderrechtlichen Gründen hier ein Problem. Von der Sache her ist das okay, weil, ich arbeite ja auch manchmal mit Leuten zusammen, die nicht ganz legal hier sind aus verschiedensten Gründen, das ist auch egal und die dieser Hilfe bedürfen.

Also ich muss mal ganz ehrlich sagen, ich würde ihn zurückstellen, den Antrag also und dann im Sommer nochmal aufnehmen und wie gesagt, alle Vereine und Verbände fragen, ob sie noch Geld übrig haben. So war es jetzt in der Jugendhilfe auch, dass einige, also

praktisch im Jugendhilfeausschuss, dass Träger bestimmte Maßnahmen und Projekte nicht durchführen konnten und das Geld wieder zurückgegeben haben in den Fachbereich Bildung und somit zum Ende noch andere Vereine und Verbände innovative Projekte starten konnten. Also das würde ich gut finden.

Und ganz kurz zum Kinderhospiz. Ich schätze die Arbeit ungemein und leider haben wir da auch betroffene Kinder mit, die wir kennen. Aber es ist so, dass der Verein immer sehr gut Spenden bekommt und sehr gut auch aufgrund seiner sehr guten Öffentlichkeitsarbeit mannigfaltig unterstützt wird. Und wenn die sagen, auf 2000 Euro können wir verzichten, weiß ich, dass sie da auf jeden Fall wieder 3, 4000 Euro wieder reinkriegen. Die haben ein sehr gutes Sponsoring und Fundraisingmanagement, das ist jetzt nicht ganz so krass.

Aber ich würde wirklich Herrn Bönisch folgen, das zurückzustellen und sagen, wir gucken im Sommer, wo was übrig ist und dann nochmal das zu unterstützen, einfach aufgrund der Haushaltssituation ja. Vielleicht kann Frau Brederlow nochmal oder Herr Baus das bekräftigen, genau.

Frau Haupt

Frau Brederlow? Schiebe ich mal dazwischen und dann geht es weiter.

Frau Brederlow

Ich mache das gern nochmal. Natürlich können Sie das beschließen. Das Risiko hat Herr Bönisch, glaube ich, sehr gut gesagt, was steht. Weil in jedem Fall, egal was beschlossen wird, müssen wir nach § 104 KVG entscheiden und prüfen.

Das heißt, dieses Risiko besteht durchaus und Frau Gellert, es ist nicht gesagt, wenn hier im freiwilligen Bereich am Ende irgendwo Geld übrig ist, das das im freiwilligen Bereich an einer anderen Stelle ausgegeben werden darf. Das muss ich auch so ganz klar sagen. Wir sind hier im freiwilligen Bereich und es ist in jedem Fall zu prüfen, ob das nicht zur Deckung von Haushaltsdefiziten an anderen Stellen, auch durchaus im pflichtigen Bereich im Fachbereich Soziales, notwendig ist. Das kann auch heute noch keiner sagen.

Aber wie gesagt, es besteht ein Risiko. Und ich glaube, Herr Bönisch, hat das auch sehr gut auf den Punkt gebracht.

Frau Haupt

Gut, danke. Herr Bönisch ist dann dran, dann Herr Helmich und dann Herr Heym.

Herr Bönisch

Ja, weil Frau Dr. Schöps vorhin sich so gelobt hat, wir haben uns das wohl überlegt, wo wir das Geld wegnehmen wollen, um sich ganz schnell belehren zu lassen, dass es eben nicht wohlüberlegt war.

Und ich finde das schon ziemlich infam, ehrlich gesagt, dem Verein „Mit Handicap leben“, die haben eine, die machen eine tolle Arbeit dort. Jeder, der sich mal ein bisschen beschäftigt hat und das sollte eigentlich jeder von uns hier sein, weiß, dass das wirklich eine hervorragende Arbeit ist, wo sehr viel ehrenamtlich gemacht wird, ohne jede Bezahlung, ohne jede Vergütung.

Also, ich will nochmal sagen, das war wirklich nicht gut überlegt, da haben Sie sich ins Knie geschossen, Frau Dr. Schöps, mit der Behauptung, das haben wir uns gut überlegt. Dann hätten Sie jetzt den Änderungsantrag nicht stellen brauchen, denn das hat man bewiesen, dass es eben nicht gut überlegt war. Ansonsten will ich dem nichts weiter hinzufügen.

Ich halte das nicht für richtig, jetzt mit so einem Antrag zu kommen, es wäre wirklich vornehm, wenn Sie den jetzt zurückziehen würden, aber gut, dann müssen wir es halt zur

Abstimmung kommen lassen und ich hoffe nur, dass es nicht insgesamt nach hinten losgeht und dem ganzen Bereich Geld entzogen wird durch ihre seltsamen Anwandlungen. Danke.

Frau Haupt

Herr Helmich. Danke. Herr Helmich.

Herr Helmich

Ja eine Vorbemerkung, wir machen das „Spiel“ nicht zum ersten Mal in dieser Form mit, dass wir freiwillige Leistungen in einem Bereich beschließen, mit dem Wissen, dass wir eine Haushaltssperre haben, das hatten wir ja durchaus schon das ein oder andere Mal, wenn Sie sich erinnern. Und das die Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr durchaus ein bisschen dem Prinzip des Glücksspiels unterliegt, denn wenn da mal Einnahmen kommen, die unerwartet sind, dann ist auf einmal möglich, Dinge zu bezahlen, die vorher noch als, naja, freiwillige Leistung beschlossen worden, die eigentlich im Rahmen der Haushaltsführung, wir hatten die Diskussion ja im vergangenen Jahr auch schon, Sie kennen das, bisher als nicht möglich eingeschätzt wurden.

Deswegen, also im Prozess verändert sich das, was wir heute beschließen nochmal so sehr, das werden wir in sechs Monaten in der Form gar nicht mehr wiedererkennen, das können Sie mir glauben, das haben wir ja schon mal so durchgespielt. In der Haushaltsausführung, nach der Salamtaktik, wird sich das unglaublich nochmal verändert, das wissen Sie doch selber. Da kriegen Vereine dann am Ende im Oktober oder so Geld und manche kriegen es im Juli, weil, was weiß ich, die Stadtverwaltung aus einem laufenden Prozess nochmal Geld akquiriert hat. Also Sie wissen ganz genau, wie das läuft.

Aber ich möchte nochmal, das war mir jetzt nicht so wichtig, wichtiger war mir nochmal, darauf hinzuweisen, warum wir überhaupt hier nochmal sind. Denn eigentlich hätten wir das ja in der vergangenen Sitzung schon beschlossen.

Wir haben hier eine große Diskussion über die Frage der Finanzierung dieser Personalstelle im Kinder- und Jugendhospiz geführt, daran erinnern Sie sich ja. Und wir haben jetzt auch Ausführungen dazu bekommen und ich muss zugeben, ich bin nicht wirklich schlauer geworden an der Stelle, weshalb wir für eine Elternzeitvertretung, die jetzt ja schon, also wo die Stelleninhaberin jetzt wieder an der Stelle ist, trotzdem das Geld bezahlen müssen, damit der Verein diese Stelle fortwährend weiterlaufen lassen kann.

Ich hätte gern dazu nochmal die ein oder andere Ausführung, das ist natürlich schwierig, weil der Antragsteller, also die Antragstellerin ist ja nicht da. Aber ich finde, ich muss zugeben, diese Ausführungen, die wir ja in der Stellungnahme bekommen haben von Frau Werneburg und auch die von der Verwaltung, haben sich für mich, waren für mich nicht deckungsgleich. Deswegen hätte ich dazu nochmal gern eine kurze Erklärung, ich sage es mal ganz platt, für Idioten, weshalb wir an dieser Stelle eine Elternzeitvertretung bezahlen müssen, die eigentlich über die dahinter stehenden Gesetze eigentlich gedeckt sein sollte. Ich weiß, die Krankenkasse ist da auch ein Problemfeld, aber ich hätte da gern nochmal eine kurze Erklärung, weil das nicht ganz bei mir durchgedrungen ist, das jetzt als Sacherklärung

Deshalb sind wir ja eigentlich hier. Wir haben ja den Antrag, also die Anlage zurückgestellt, weil wir diese Frage in der letzten Sitzung nicht lösen konnten final.

Frau Haupt

Danke. Bevor ich jetzt der Verwaltung nochmal das Wort geben, würde ich Herrn Heym, weil er auf meiner Rednerliste der Letzte ist und er nochmal reagieren wollte, das steht ihm zu, dann würde ich ihn jetzt vornehmen und dann die Verwaltung bitten, nochmal auf die Frage von Herrn Helmich einzugehen.

Herr Heym, dann würde ich Ihnen erst das Wort erteilen.

Herr Heym

Vielen Dank. Herr Röttschke, wir reden hier nicht über Geringverdiener, über Leute, die im SGB II, XII oder sonst wie in unserem Sozialsystem ihre Leistung beziehen, sondern über nicht Krankenversicherte. Das ist Ziel dieses Antrags, den Sie unterstützen.

Ich versuche sachlich auf Ihr Anliegen einzugehen und habe Argumente vorgetragen und Sie machen hier folgendes: Sie versuchen mich persönlich da zwar ziemlich schäbig zu diskreditieren, indem Sie mir das Wort im Mund umdrehen und Dinge behaupten, die ich hier ganz klar weder gesagt habe, noch gemeint haben kann, weil meine Ausführung ziemlich eindeutig war.

Und damit sich da draußen jeder davon überzeugen kann, wie das gelaufen ist, beantrage ich erstmal Wortprotokoll, damit das alles mal klar und sauber dargelegt ist.

So und abschließend, ich möchte niemanden, der wenig Geld verdient oder sich in einer Situation befindet, dass er im SGB II Hartz IV bekommt oder was auch immer er persönlich gerade für eine Situation durchmacht, von der Krankenversicherung abschneiden.

Ich möchte einen geregelten Zugang, das was Sie möchten und was Sie auch gesagt haben, ist, Sie möchten einen bedingungslosen unregelmäßigen Zugang und das lehne ich ab. Und das war meine Ausführung und nicht das, was Sie versuchen, mir in den Mund zu legen. Danke.

Frau Haupt

Ich würde dann, wie jetzt schon gesagt, der Verwaltung nochmal das Wort geben. Frau Brederlow, wer würde antworten?

Frau Brederlow

Ich nehme an, dass das am sinnvollsten ist, wenn Frau Winter das nochmal versucht, aber nochmal, hier geht es ja um einen Rahmenvertrag, den das Kinderhospiz mit, also auf dessen Grundlage das Kinderhospiz tätig ist und nicht um eine Ersatzleistung durch die Krankenkassen, das muss man unterscheiden und insofern wird Frau Winter das nochmal erklären.

Frau Haupt

Gut, dann würde ich bitten, dass Frau Winter, ich sehe sie jetzt gar nicht, wo ist sie denn, sehen wir sie? Ach da ist sie.

Frau Winter

Ich bin da.

Frau Haupt

Frau Winter, dann dürfen Sie jetzt nochmal den Versuch der Erklärung, nicht den Versuch, sondern uns erklären, wie das Ganze zusammenhängt.

Frau Winter

Ich versuche es nochmal. Das ist kompliziert. Also die Erstattung, oder die Krankenkassenerstattung erfolgt für die Personalkosten nicht stellenbezogen, das muss ich mal voransetzen. Sondern die Krankenkasse erstattet im Prinzip Personalkosten für Personal, die eine bestimmte Qualifikation haben und eine bestimmte Zusatzqualifikation. Das haben wir Ihnen auch mit zur Verfügung gestellt. Und die Krankenkasse guckt auch, was sind an Leistungsinhalten umgesetzt worden, in einem Jahr, das wird nach Punkten bewertet und wie gesagt, und beide Komponenten, einmal die Qualifikation der

Personalstellen bzw. des Personals und die, ja, Leistungseinheiten, wie das hier im § 5 so ausgeführt, oder § 6, so ausgeführt wird, das wird zusammengeführt.

Nun ist es so, die Kollegin oder die Mitarbeiterin ist in Elternzeit gegangen, dafür ist eine Mitarbeiterin eingestellt worden, die hatte zwar die Grundvoraussetzungen, ihr fehlte aber die Zusatzqualifikation, die hier gefordert sind. Sie hätte im Prinzip die Zusatzqualifikation auch gemacht, aber in 2020, das wissen wir alle, durch die Pandemiesituation sind Weiterbildungen weggefallen oder konnten nicht durchgeführt werden, sodass sie diese Anerkennung nicht hat. Und daher im Prinzip diese, diese Personalkosten, die dafür angefallen sind, auch nicht gegenüber dieser Krankenkasse geltend gemacht wird, geltend gemacht werden kann.

Nun ist es auch so, dass für 2021 die Erstattung der Personal- und Sachkosten oder von der Krankenkasse bis zum 31.03. diesen Jahres im Prinzip beantragt werden muss und bis zum 30.06. erhalten die Hospize daraufhin dann die Erstattungen. Die Erstattung erfolgt errechnet aus diesen Komponenten, aus den Leistungsinhalten und aus den Personalkosten.

Frau Haupt

Danke. Herr Helmich, sind Sie jetzt, wo ist er, ich sehe ihn gar nicht.

Herr Helmich

Hier ist er.

Frau Haupt

Da ist er, ja. Das war so auf dem großen Bild, sind Sie jetzt.

Herr Helmich

Ich habe noch eine Nachfrage.

Frau Haupt

Ja bitte, dann fragen Sie nach.

Herr Helmich

Also ich versuche jetzt mal zuzuspitzen. Wir als Stadt übernehmen jetzt die Kosten, die nicht von der Krankenkasse aus den Qualifikationsgründen übernommen werden können, weil die Elternzeitvertretung die Qualifikationen nicht erwerben konnte im vergangenen Jahr aufgrund der Situation und daher die Qualifikationsstandards aus dem Rahmenvertrag zwischen Hospiz und Krankenkasse nicht erfüllt werden konnten.

Das bedeutet ja im Umkehrschluss, dass wir jetzt als Stadt Halle dafür aufkommen müssen, dass eine Krankenkasse „fehlende Flexibilität“ in einem herausragenden, im negativen Sinne, Jahr gezeigt hat. Das finde ich bemerkenswert und finde ich wirklich, also das ist unabhängig jetzt weder gegen Sie noch den Hospizverein, das ist ja wirklich unter aller Kanone. Vielleicht bin ich da aber auch zu naiv, um zu glauben, dass es dort an der Stelle irgendeine Art von Verhandlungsgrundlage gibt, um der Sondersituation Rechnung zu tragen.

Aber ist es wirklich korrekt, hätte die Elternzeitvertretung die Qualifikation erwerben können, hätten wir heute nicht diese Summe zur Deckung dieses „Finanzlochs“ auf der Tagesordnung.

Frau Haupt

Frau Winter, möchten Sie antworten?

Frau Winter

Also es ist so, ja, die Qualifikation hätte innerhalb eines Jahres nachgeholt werden können, konnte aber nicht umfänglich, weil Weiterbildungen nicht stattfanden. Generell ist es aber so, wenn jemand ausscheidet, auch weil ja aus welchem Grund auch immer, er aus dem Dienst des Hospiz ausscheidet, wie gesagt, dann muss ja nachbesetzt werden oder wird ja geguckt, ob ich jemanden finde, der im Prinzip diese Arbeit wieder mit aufnehmen kann.

Und wie gesagt, eine bestimmte Grundvoraussetzung muss da sein und wenn die Möglichkeit der Weiterbildung besteht, wie gesagt, es sind ja drei Zusatzweiterbildungen, die erbracht werden müssen und die hat im seltensten Fall jemand gleich wenn er anfängt, das ist fast überall so, und wenn ich die Möglichkeit aber nicht habe, dann kann ich als Hospiz diese Kosten nicht geltend machen. So ist es im Rahmenvertrag vereinbart und so wird es auch umgesetzt.

Und nun ist es so, dass diese Personalkosten nicht beantragt werden können und auch nicht übernommen werden von der Krankenkasse, sondern hälftig über Spendenmittel und hälftig über die Stadt. Das kann nächstes Jahr genauso wieder passieren, wenn jemand ausfällt oder aufhört im Hospiz und eine Nachbesetzung erfolgen muss, weil auch die Fälle da sind, hängen ja auch immer Familien dran, wie gesagt, kann uns das nächste Jahr genauso wieder passieren.

Frau Haupt

Danke. Herr Helmich, soweit erstmal beantwortet?

Herr Helmich

Natürlich ja, insgesamt natürlich unbefriedigend für uns alle, aber, es ist wie es ist, an der Stelle. Ich möchte nochmal klarmachen, dass das jetzt kein Vorwurf an Sie war, also ich finde einfach den Zustand unbefriedigend, dass wir aufgrund dieser Regelungsproblematik jetzt das quasi auf unserem Tisch haben, egal. Danke für den Hinweis nochmal.

Frau Haupt

Gut. Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen hier auf meiner Liste geführt, sodass wir jetzt den Antrag abstimmen können. Bevor wir das tun, gibt es nochmal eine Nachfrage. Ich wurde gerade gefragt, Herr Heym, zum Wortprotokoll, wollen Sie die ganze Sitzung oder jetzt nur diese Diskussion, können Sie das bitte nochmal für das Protokoll genau beantworten.

Herr Heym

Da mir Dinge unterstellt worden, die sich aus meinen Beiträgen ergeben und ich mir hier das Wort nicht im Mund umdrehen lassen möchte und dem Leser den Eindruck vermitteln möchte, was hier tatsächlich vorgefallen ist, bitte ich um den gesamten Tagesordnungspunkt.

Frau Haupt

Gut, dann hat, dann ist das jetzt aufgenommen worden.
So, dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag, der Ihnen vorliegt...
Frau Dr. Wünscher?

Frau Dr. Wünscher

Also, wie ich jetzt aus Ihrem Wortbeitrag entnehme, ziehen Sie Ihren Antrag nicht zurück?

Frau Haupt

Nein.

Frau Dr. Wünscher

Gut, dann stelle ich jetzt für die CDU-Fraktion den Antrag, einen Änderungsantrag, dass sozusagen das Kinderhospiz mit der Summe von 2000 Euro zur Deckung Ihres Vorschlages, dass sie aus Ihrem Antrag herausgenommen werden. Also wir können das morgen gern in Reinform nachliefern, also, das Kinderhospiz mit dem Deckungsvorschlag von 2000 Euro für Ihren Antrag, wird aus Ihrem Antrag herausgenommen.

Frau Haupt

Das heißt, genau der Punkt b, stellen Sie jetzt den Antrag, wird gestrichen aus unserem Antrag?

Frau Dr. Wünscher

Ja, genau. Wird aus dem Antrag gestrichen und dann verbleiben Ihnen die beiden Summen, die Sie heute verändert bei den anderen beiden Vereinen herausziehen wollen.

Frau Haupt

Gut, das ist so aufgenommen. Wie gesagt, der wird ja nachgereicht. Ich hoffe, das haben jetzt alle mitbekommen, also ein Änderungsantrag, dass der Punkt b in unserem Antrag herausgestrichen wird, über den müssten wir dann zuerst abstimmen und als erstes frage ich die sachkundigen Einwohner/innen, weil Sie ja Ihr Votum abgeben dürfen und frage, es geht nochmal um den Änderungsantrag, den Frau Dr. Wünscher jetzt gestellt hat, ob Sie damit einverstanden sind, also mit Ja stimmen. Da frage ich jetzt laut ab und als erstes ist

| | |
|---------------------|------------|
| Dr. Tarek Ali | Nein |
| Frau Ines Dunker | Enthaltung |
| Frau Angela Ernst | Enthaltung |
| Herr Guido Haak | Ja |
| Herr Heinicke | Enthaltung |
| Herr Markus Jürisch | Nein |
| Herr Jan Röttschke | Nein |

Dann sind das 3 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme und 2 Enthaltungen. So sieht das Votum aus.

Und ich frage jetzt die Stadträte.

| | |
|-----------------------|------------|
| Herr Bernhard Bönisch | Nein |
| Beate Gellert | Enthaltung |
| Ute Haupt | Nein |
| Herr Helmich | Nein |
| Herr Heym | Ja |
| Frau Jahn | Nein |
| Frau Dr. Kreuzfeldt | Nein |
| Frau Dr. Schöps | Nein |
| Herr Steinke | Nein |
| Frau Dr. Wünscher | Ja |

Frau Haupt

Damit haben wir 1,2,3,4,5,6,7 Nein-Stimmen, also 2 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Damit wäre der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen dann zu dem Antrag der Stadträtin Regina Schöps und Ute Haupt, der, soll ich nochmal vorlesen? Nein, Sie wissen den, also mit den drei Punkten, den haben Sie vor sich liegen. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und ich fange auch wieder mit den sachkundigen Einwohner/-innen an. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich jetzt laut und deutlich Ja zu sagen, Nein oder Enthaltung.

| | |
|---------------|----|
| Dr. Tarek Ali | Ja |
|---------------|----|

| | |
|---------------------|------------|
| Frau Ines Dunker | Enthaltung |
| Frau Angela Ernst | Nein |
| Herr Guido Haak | Nein |
| Herr Heinicke | Nein |
| Herr Markus Jürisch | Ja |
| Herr Jan Röttschke | Ja |

Das Votum wäre hier: 3mal Ja, 3mal Nein und 1 Enthaltung und ich frage...ja, es ist ja immer nur ein Votum, es wird ja nicht abgestimmt in dem Sinne, ja. So und ich frage jetzt die Stadträte und fange bei Herr Bönisch an.

| | |
|-----------------------|------------|
| Herr Bernhard Bönisch | Nein |
| Beate Gellert | Enthaltung |
| Ute Haupt | Ja |
| Herr Helmich | Ja |
| Herr Heym | Nein |
| Frau Jahn | Ja |
| Frau Dr. Kreuzfeldt | Ja |
| Frau Dr. Schöps | Ja |
| Herr Steinke | Ja |
| Frau Dr. Wünscher | Nein |

Gut, damit haben wir 1,2,3,4,5,6 Ja-Stimmen und 1,2,3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Ja, haben Sie auch? Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Das bedeutet jetzt für die Abstimmung, die wir jetzt machen, die eigentliche Vorlage, dass immer derjenige, der jetzt durch diese Sendung hier führt, also mein Kollege Stellvertreter und ich, immer daran denken müssen, dass wir jetzt eine neue Vorlage haben. Das sagen wir Ihnen aber immer an der entsprechenden Stelle.

Wir kommen dann als erstes zu der Zielgruppe Obdachlosigkeit. Hier muss Herr Heinicke, genau, wollte ich gerade sagen, Herr Heinicke muss wegen, muss ausgeschaltet werden, ist, genau, im Warteraum und wir können jetzt nochmal aufrufen, ist ja nur das eine Projekt.

Ich frage, gibt es hier nochmal Anmerkungen? Sehe jetzt keine Wortmeldungen, dann können wir ja abstimmen. Ich frage zuerst die sachkundigen Einwohner/-innen nach Ihrem Votum.

| | |
|---------------|----|
| Dr. Tarek Ali | Ja |
| Frau Dunker | |

Frau Haupt

Frau Dunker ist gerade nicht da, kann das sein?

Herr..?

Die ist raus, die ist abgemeldet.

Herr Stehle

Die hat sich verabschiedet.

Frau Haupt

Ach, die hat sich ganz verabschiedet, das habe ich ja nicht mitbekommen, Dankeschön.

| | |
|-----------------|------|
| Frau Ernst | Nein |
| Herr Guido Haak | Ja |

Herr Markus Jürisch Ja
Herr Röttschke Ja

Das wären 1,2 Ja-Stimmen.

Herr Stehle
4 Ja-Stimmen

Frau Haupt
4 Ja-Stimmen, ich habe Haken gemacht, die habe ich jetzt nicht mitgezählt.
Also 4 Ja-Stimmen und 1 Nein, weil zwei sich nicht beteiligt haben. Das wäre also ein positives Votum.

Und ich frage jetzt die Stadträte.

| | |
|---------------------|------------|
| Herr Bönisch | Ja |
| Frau Gellert | Ja |
| Ute Haupt | Ja |
| Herr Helmich | Ja |
| Herr Heym | Ja |
| Frau Jahn | Ja |
| Frau Dr. Kreuzfeldt | Ja |
| Frau Dr. Schöps | Ja |
| Herr Steinke | Ja |
| Frau Dr. Wünscher | Enthaltung |

Damit haben wir 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, ist also positiv bestätigt und durch, diese Zielgruppe Obdachlosigkeit, also das Projekt.

Frau Haupt
Wir kommen dann zur zweiten Zielgruppe und hier wird mein Kollege Herr Helmich übernehmen, weil das Menschen mit Migrationshintergrund sind und alles andere macht er. Ich ziehe mich jetzt zurück, ich muss jetzt raus. Ach so, Tarek Ali muss jetzt auch raus, ja. Tarek, Du musst jetzt auch raus. Gut.

Herr Helmich
VeMo ist auch noch drauf, genau.
Wir schalten jetzt den Sprecher nicht ab, wir brauchen Sie ja gleich wieder.
Insofern kommen wir jetzt zu Menschen mit Migrationshintergrund, Sie sehen die Übersicht, fünf Punkte in der Übersicht in dieser Zielgruppe.

Ich starte in der Abstimmung, wenn ich meine Liste gefunden habe, genau wieder bei den sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern. Gut, einen Stift, eine Sekunde, so.

Herr Ali ist ja nicht dabei. Frau Detering auch nicht. Frau Dunker ist immer noch nicht da, nehme ich an, ja? Oder, ist ganz weg, alles klar, dann streiche ich sie halt raus.

| | |
|---------------------|------------|
| Frau Ernst | Enthaltung |
| Herr Guido Haak | Ja |
| Herr Heinicke | Ja |
| Herr Markus Jürisch | Ja |
| Herr Jan Röttschke | Ja |

Dankeschön. Das sind 4mal Ja, 1 Enthaltung, damit positive Empfehlung.

Ich komme zu den Stadträtinnen und Stadträten.

| | |
|---------------------|---|
| Herr Bönisch | Ich weiß zwar nicht genau, was bei Russlanddeutschen steht, aber ich sage trotzdem: Ja |
| Frau Gellert | Ja |
| Frau Krischok | Ja |
| Herr Helmich | Ja |
| Herr Heym | Ja |
| Frau Jahn | Ja |
| Frau Dr. Kreuzfeldt | Ja |
| Frau Dr. Schöps | Ja |
| Herr Steinke | Ja |
| Frau Dr. Wünscher | Enthaltung |

Dann haben wir das bei 9 Ja, 1 Enthaltung beschlossen und ich gebe wieder für die nächste Zielgruppe Frau Haupt das Wort, denn da ist sie wieder abstimmungsfähig.

Frau Haupt

Darf ich wieder?

Herr Helmich

Ja, Du bist wieder dran.

Frau Haupt

So gut, dann kommen wir zur nächsten Gruppe, die heißt: Kranke/Behinderte/Mittellose und liegt vor Ihnen. Ich möchte hier darauf aufmerksam machen, dass die beiden anderen Änderungen, eine war ja jetzt und die beiden anderen sich hier widerspiegeln, gleich in der ersten beim Kinder- und Jugendhospiz, also nicht 20, sondern 18 000 und bei dem „Mit Handicap leben“ nicht 8.200, sondern 7.700 jetzt zu Buche stehen. Ich will es nur nochmal laut sagen, das haben wir ja gerade beschlossen.

Gibt es weitere Anmerkungen zu dieser Zielgruppe? Das ist nicht der Fall. Gut, dann können wir abstimmen. Ich frage die sachkundigen Einwohner/-innen.

| | |
|---------------------|------------|
| Dr. Tarek Ali | Ja |
| Frau Angela Ernst | Enthaltung |
| Herr Guido Haak | Enthaltung |
| Herr Heinicke | Enthaltung |
| Herr Markus Jürisch | Ja |
| Herr Jan Röttschke | Ja |

Das Votum wäre 3 dafür und 3 Enthaltungen. Wir sind nur noch sechs, ja?

Gut, ich frage jetzt die Stadträt/-innen.

| | |
|---------------------|------|
| Herr Bönisch | Nein |
| Frau Gellert | Ja |
| Ute Haupt | Ja |
| Herr Helmich | Ja |
| Herr Heym | Nein |
| Frau Jahn | Ja |
| Frau Dr. Kreuzfeldt | Ja |
| Frau Dr. Schöps | Ja |

| | |
|-------------------|------|
| Herr Steinke | Ja |
| Frau Dr. Wünscher | Nein |

Das wären 3 Nein und 1,2,3,4,5,6,7 Ja -Stimmen, 3 Nein-Stimmen. Damit ist diese Zielgruppe auch bestätigt.

Und wir kommen dann zur Zielgruppe:
Sozialraumorientierte und bürgerschaftliche Selbsthilfe, auch hier

Herr Bönisch

Geschäftsordnungsantrag. Können wir nicht alle Weiteren im Block abstimmen?

Frau Haupt

Nein. Naja, nein, im Block heißt, wie gesagt, die Zielgruppe.

Herr Bönisch

Nein, alle zusammen, alle Zielgruppen auf einmal.

Frau Haupt

Nein.

Herr Bönisch

Na warum nicht?

Frau Haupt

Das habe ich ja vorhin gesagt, das geht ja auch um das Mitwirkungsverbot und deshalb müssen wir die Zielgruppen auch einzeln abstimmen. Was ich ganz am Anfang gesagt habe, Herr Bönisch. Es sind nur noch drei, das schaffen wir jetzt aber noch.
So, Sozialraumorientierte und bürgerschaftliche Selbsthilfe.
Ich frage die sachkundigen Einwohner:

| | |
|---------------------|------------|
| Dr. Tarek Ali | Ja |
| Frau Angela Ernst | Enthaltung |
| Herr Guido Haak | Ja |
| Herr Heinicke | Ja |
| Herr Markus Jürisch | Ja |
| Herr Jan Röttschke | Ja |

Das wären 4 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung als Votum.
Ich frage die Stadträte.

| | |
|---------------------|------------|
| Herr Bönisch | Ja |
| Frau Gellert | Ja |
| Ute Haupt | Ja |
| Herr Helmich | Ja |
| Herr Heym | Ja |
| Frau Jahn | Ja |
| Frau Dr. Kreuzfeldt | Ja |
| Frau Dr. Schöps | Ja |
| Herr Steinke | Ja |
| Frau Dr. Wünscher | Enthaltung |

Damit wäre das Votum 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, wäre also auch Zustimmung.

Wir kommen dann zu den Seniorinnen und Senioren, da muss ich wieder raus und Herr Helmich übernimmt.

Herr Helmich

Genau. Das ist ja auch die letzte Gruppe, da sind wir auch...

Frau Haupt

Moment, Was sagten Sie?

Herr Stehle

Herr Dr. Tarek Ali muss auch raus?

Frau Haupt

Herr Tarek Ali muss da auch raus?

Herr Tarek Ali

Ja. Ja.

Frau Haupt

Ja, richtig.

Herr Helmich

Dann Ali in den Vorraum dann bitte, das ist, Dankeschön.

Dann zur letzten Gruppe, Zielgruppe, kommen wir heute. Dann haben wir es auch geschafft, die Seniorinnen und Senioren, sieben Punkte sind auf der Liste. Ich starte mit der Abstimmung bei den sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern.

| | |
|-------------------|------|
| Frau Angela Ernst | Nein |
| Herr Guido Haak | Ja |
| Herr Heinicke | Ja |
| Herr Jürisch | Ja |
| Herr Röttschke | Ja |

Dann 4mal Ja, 1mal Nein.

Die Stadträtinnen und Stadträte bitte.

| | |
|---------------------|------------|
| Herr Bönisch | Ja |
| Frau Gellert | Ja |
| Frau Krischok | Ja |
| Herr Helmich | Ja |
| Herr Heym | Ja |
| Frau Jahn | Ja |
| Frau Dr. Kreuzfeldt | Ja |
| Frau Dr. Schöps | Ja |
| Herr Steinke | Ja |
| Frau Dr. Wünscher | Enthaltung |

Danke, dann bei 1 Enthaltung und 9 Ja-Stimmen ist auch dieser Zielgruppenblock angenommen.

Und damit haben wir das geschafft, herzlichen Dank.

Und Frau Haupt kann wieder übernehmen.

Herr Heym schilderte einen ihm bekannten Fall einer Mutter, die das Zeugnis ihres Kindes gesichtet hatte und daraufhin Kontakt zu dem Fachlehrer aufgenommen hatte und dies geklärt werden konnte. Das andere Kind hat noch keinen Leistungsnachweis erhalten und die Mutter hat sich aufgrund deren Befürchtungen an die Schule und das Landesverwaltungsamt gewandt, ohne zu einem Ergebnis gekommen zu sein.

Die Mutter appelliert an die Stadt, dass diese Einfluss auf die Schulen nehmen soll, damit die Leistungsnachweise schnellstmöglich die Eltern erreicht, damit Probleme frühzeitig erkannt und angegangen werden können.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass diese Angelegenheit innere Schulangelegenheit ist und kein Einfluss darauf genommen werden kann. Sie bot an, dies an das Landesverwaltungsamt dennoch heranzutragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Haupt beendete den öffentlichen Teil. Sie sprach an, dass eine kurze Pause kommt, da die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden muss.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführerin